

ISOR aktuell

Nr. 6/98 ★ Infopreis: 0,00 DM ★ Spenden willkommen ★ Juni 1998

Mitteilungsblatt
der Initiativgemeinschaft
zum Schutz der sozialen Rechte
ehemaliger Angehöriger
bewaffneter Organe und
der Zollverwaltung der DDR e.V.

Ein nächster Schritt

Die letzte Meldung in **ISOR aktuell** 5/98, daß das Bundesverfassungsgericht für den 21. Juli eine mündliche Verhandlung in Aussicht genommen hat, wird viele erleichtert haben. Endlich zeichnet sich eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über das Rentenstrafrecht ab. Es sind aber auch Fragen entstanden. Worüber wird verhandelt? Wann kann mit einer Entscheidung gerechnet werden und was wird sie bringen? Wann werden danach die Renten neu berechnet?

Das Bundesverfassungsgericht hat aus allen Vorlagebeschlüssen und Verfassungsbeschwerden eine Auswahl getroffen, die offensichtlich sichern soll, daß möglichst viele Probleme behandelt werden. Diese sind zur Entscheidung in einem Verfahren verbunden. Die vorgesehene mündliche Verhandlung wird sich mit folgenden Fragen des Rentenstrafrechts befassen:

- Kürzung der MfS-Renten auf 802,- DM (§ 10 Abs. 2 AAÜG) sowie Entgeltkürzung auf 0,7 Entgeltpunkte für jedes Jahr der Zugehörigkeit zum MfS (§ 7 AAÜG),
- Entgeltkürzung auf 1,0 Entgeltpunkte für Angehörige des Mdl, der NVA, der Zollverwaltung und für Angehörige von Zusatzversorgungssystemen (§ 6 Abs. 2 AAÜG) sowie für Inhaber bestimmter Funktionen (§ 6 Abs. 3 AAÜG),
- Kürzung von Renten von Angehörigen der Intelligenz letztlich auf 2.700,- DM (§ 10 Abs. 1 AAÜG).

Darüber hinaus werden verschiedenartige Fälle, in denen Angehörige von Zusatz- und Sonderversorgungssystemen sich dagegen wenden, daß ihre früheren Ansprüche aus-

schließlich in die Rentenversicherung überführt wurden und ihnen deshalb eine darüber hinausgehende Versorgung vorenthalten wird, Gegenstand der mündlichen Verhandlung sein.

Über die Verfassungsbeschwerden, die wegen der Nötigung zur Zahlung von Beiträgen zur „freiwilligen“ Krankenversicherung 1991 und wegen der Einstellung von Dienstbeschädigungsrenten geführt werden, wird am 21.07.1998 nicht verhandelt. Dies ist vermutlich damit begründet, daß es sich nicht um das Gebiet des Rentenrechts handelt, sondern um andere Rechtsgebiete. Es ist zu vermuten, daß über diese Verfassungsbeschwerden ohne mündliche Verhandlung und bald nach dem Urteil über das Rentenstrafrecht entschieden wird.

Anders als bei den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit, kann man beim Bundesverfassungsgericht mit einer Entscheidung am Tage der mündlichen Verhandlung nicht rechnen. Gewöhnlich dauert es mindestens drei Monate, bevor die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts nach einer mündlichen Verhandlung öffentlich bekanntgegeben wird.

Unser Standpunkt ist in den Verfassungsbeschwerden und Gutachten von Prof. Dr. Azzola ebenso wie in der Stellungnahme des Vorstandes gegenüber dem Bundesverfassungsgericht klar formuliert.

Wir wollen in der Rentenversicherung durch die uneingeschränkte Anwendung der Beitragsbemessungsgrenze auf alle aus den Zusatz- und Sonderversorgungssystemen überführten Rentenansprüche gleiches Recht für jedermann.

Wir wollen die Rücknahme der Nötigung der Rentner der Sonderversorgungssysteme, 1991 ihre Beiträge zur Krankenversicherung selbst zu bezahlen.

Wir wollen die Aufhebung der gesetzlichen Vorschriften, nach denen die Zahlung von Dienstbeschädigungsrenten eingestellt wurde.

Unser Wollen ist von der Überzeugung über die Verfassungswidrigkeit des davon abweichenden Rechts des AAÜG getragen und entspricht dem von der Vertreterversammlung im Juni 1997 bekundeten Willen unserer Mitglieder.

Wir lassen uns von der Zuversicht leiten, daß die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zumindest im Ganzen positiv ausfallen wird. Bei allem Für und Wider haben uns darin auch die Sozialgerichte bis zum Bundessozialgericht gestärkt, welche sich an das Bundesverfassungsgericht gewandt haben, weil auch sie Vorschriften des AAÜG für verfassungswidrig halten.

In diesem Falle ist zu erwarten, daß das Bundesverfassungsgericht den Gesetzgeber beauftragen wird, die als verfassungswidrig angesehenen Vorschriften des AAÜG zu ändern. Dazu wird gewöhnlich eine Frist von zwei Jahren eingeräumt. Das AAÜG wäre also von dem im Herbst 1998 zu wählenden Bundestag zu ändern. Deshalb ist und bleibt es von ganz entscheidender Bedeutung, vor allem auf die zur Wahl stehenden Kandidaten verstärkt mit Briefen und Gesprächen einzuwirken. Nur so kann ihnen in vollem Umfang bewußt gemacht werden, mit welcher Dringlichkeit und Konsequenz das AAÜG zur Abschaffung des Rentenstrafrechts nochmals geändert werden muß. Hier kann und muß weiterhin großer Einfluß von allen unseren Mitgliedern ausgeübt werden.

Es besteht einige Aussicht, daß auch Vertreter von ISOR e.V. an der mündlichen Verhandlung beim Bundesverfassungsgericht teilnehmen können.

Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts werden wir neue Beschlüsse zur Fortführung unseres sozialen Kampfes fassen können.



Aufstehen
für eine andere Politik

**Kommt zur bundesweiten
Großdemonstration
am 20. Juni 1998 in Berlin**

**ISOR e.V. ist dabei.
Unsere Forderungen:**

Weg mit dem Rentenstrafrecht



**Schluß mit
politischer Strafverfolgung**

Eine andere Bilanz

Am 16. Mai fand in Berlin der 5. Ostdeutsche Kongreß statt. Er zog im achten Jahr der Einheit eine Bilanz der besonderen Art und formulierte die Forderungen der Ostdeutschen. Das Ostdeutsche Kuratorium von Verbänden stellte auf dem Kongreß seine Wahlzeitung unter dem Titel „Die andere Bilanz“ vor, die in den nächsten Tagen und Wochen möglichst viele Wähler in Ostdeutschland, aber auch in den alten Bundesländern erreichen und zum Nachdenken anregen soll.

Der Präsident des Ostdeutschen Kuratoriums, Prof. Wolfgang Richter, prangerte die Kahl-schlags- und Enteignungspolitik im Osten Deutschlands an. Er betonte die Notwendigkeit, die Stimme zur Lage im Osten auch im internationalen Rahmen nicht verstummen zu lassen. So ist zu dem im November fälligen Bericht vor der UNO über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte eine Stellungnahme des Kuratoriums erforderlich. Er rief zur Teilnahme an der Großdemonstration und Kundgebung am 20. Juni als Probe für Unmuts- und Widerstandsdenken der Bürger auf.

Der Vizepräsident des Ostdeutschen Kuratoriums und Präsident des VDBG, Eckart Beleites, gab in seinem Referat eine Analyse der Politik der Umverteilung des Grundvermögens von unten nach oben. Der Zugriff auf das Kleingut hält unvermindert an.

Prof. Dr. Helga Hörz, ehemalige DDR-Vertreterin für Frauenrecht bei der UNO, sprach über die Verletzung von Menschenrechten gegenüber Frauen und betonte, daß alle Menschenrechte, auch die soziale Sicherheit, in untrennbarem Zusammenhang stehen. Die Regierung stelle Menschenrechte aber immer nur selektiv dar und stütze sich dabei auf die Haltung der EG, die soziale Rechte nicht zu den ursprünglichen Menschenrechten zähle. Sie belegte den Verstoß gegen menschenrechtliche Verpflichtungen, indem vier Millionen Ostdeutschen Rentenrechte vorenthalten werden und sie dadurch von Eigentumsentzug betroffen sind. Dieser Zustand werde sich mit dem Nachrücken der nächsten Rentengänge um weitere Millionen verstärken.

Hans Modrow, Ehrenvorsitzender der PDS, setzte sich mit den Gebrechen des Einigungsprozesses auseinander und verlangte eine neue, ernsthafte und wahrhaftige Geschichtsdebatte, in der die Lebensleistungen der Menschen geachtet werden. Es dürfe nicht zugelassen werden, daß Eppelmanns Enquete-Kommission faktisch mit Gesetzeskraft festlegen kann, wie künftig lehrbare Geschichte auszusehen habe und jede wissenschaftliche Auseinandersetzung zur Geschichte negiert und verhindert werde. Er forderte, Unrecht

nicht zu akzeptieren und erinnerte an die Forderung zum aufrechten Gang.

Die Bundestagsabgeordnete Prof. Dr. Christa Luft sprach zu Politikansätzen der PDS, ausgehend vom Rostocker Programm ihrer Partei. Sie betonte, daß die Schwierigkeiten des Ostens nur die zugespitzten Probleme des ganzen Landes sind. „Wenn der Osten nicht auf die eigenen Füße kommt, erhält der Westen Atemnot.“ Der Osten müsse eigenständige Wege finden und dürfe nicht einem Auslaufmodell nachlaufen.

Der Vertreter des Behindertenverbandes, Matthias Wirth, forderte von den Arbeitgebern die Einhaltung ihrer Beschäftigungspflicht für Behinderte und schilderte die praktische tagtägliche Diskriminierung von Behinderten in der Gesellschaft. Firmen zahlen lieber ein Bußgeld von 200 DM pro Monat, als einen Behinderten einzustellen.

Jürgen Heinsch vom Arbeitslosenverband berichtete über zunehmende Gängelung, Diskriminierung und Sozialabbau gegenüber Arbeitslosen durch staatliche Stellen. Die Gesetzeslogik lautet: „Für die Arbeitslosigkeit sind die Arbeitslosen verantwortlich.“ Er schilderte an Hand des Berliner Arbeitsamtsbezirkes Marzahn/Hellersdorf/Hohenschönhausen die Situation der Arbeitsuchenden. Auf mehrere Tausende Arbeitslose kommen 618 gemeldete Stellenangebote.

Prof. Dr. Reimer Schorr, Interessengemeinschaft für Medizin und Gesellschaft e.V., schätzte den zunehmenden Sozialabbau auf dem Gebiet des Gesundheitswesens ein, der nach dem Prinzip verlaufe „statt Ethik Monetik“. Die staatliche Arztpraxis gehöre nun der Bank. Die Ärzte seien nun privat – und hoch verschuldet.

Fred Löwenberg, Vorsitzender der IVVdN Berlin, artikuliert sein Unbehagen über die Politik von Kohl und ihre Wirkung in der Gesellschaft. Als ehemaliger KZ-Häftling ging er auf die Wahlergebnisse in Sachsen-Anhalt ein. Es ist eine Verharmlosung, wenn das hohe Resultat für die DVU nur auf Protestwahl reduziert wird. Das ist es nur zu 50 Prozent. Die anderen 50 Prozent sind Gesinnung. Er zog die Lehren aus der Entwicklung, die zu 1933 geführt hat. Auch damals begann es mit kleinen Gruppen. Diese Entwicklung nach rechts müsse von allen ehrlichen Demokraten angegriffen werden.

Der Vizepräsident der Volkssolidarität, Peter Ketzler, erklärte die enge Verbundenheit der VS mit dem Anliegen des Kongresses.

Wolfgang Konschel, GBM und der ISOR-Vorsitzende Horst Parton sprachen zu dem fort-

bestehenden Rentenstrafrecht und Versorgungsrecht.

Siegfried Geilsdorf, Freundeskreis der Sport-senioren, und Prof. Dr. Siegfried Mechler, Vorsitzender der GRH, prangerten die Praxis und zunehmende Schärfe der politischen Verfolgung ostdeutscher Bürger mit Hilfe des Strafrechts an. Verfolgt werden unvermindert Grenzer, Richter, Staatsanwälte, Geheimdienstler, Sportfunktionäre und Sportmediziner sowie Kundschafter in den alten Bundesländern.

Als letzte Rednerin sprach die Schriftstellerin Gisela Steinecker emotionsgeladen zur Situation in den neuen Bundesländern.

Der Kongreß verabschiedete einen offenen Brief an den Bundeskanzler und die Ministerpräsidenten der neuen Bundesländer zur Einhaltung des Artikels 36 des Grundgesetzes.

TIG in Kürze

Die TIG Suhl wandte sich wegen der Verletzung von Menschenrechten durch das Rentenstrafrecht mit einem Gruppenbrief an das UNO-Zentrum für Menschenrechte in Genf. 41 Betroffene wiesen für jeden Einzelnen nach, welche Rentenhöhe ihnen nach Lebensarbeitsjahren und erbrachten Beiträgen für die Altersvorsorge zustehe. Dargelegt wurde, welche über der Beitragsbemessungsgrenze liegenden Ansprüche bereits durch die Systementscheidung enteignet wurden. Bezogen auf die 41 Beschwerdeführer beträgt das für jeden durchschnittlich 653,81 DM monatlich. Durch die weitere Rentenkürzung nach Paragraph 7 werden jedem noch einmal durchschnittlich 1052,19 DM monatlich konfisziert.

★

Die Mitgliederversammlung der TIG Berlin-Weißensee legte Zeugnis ab von der Aktivität des Vorstandes und vieler Mitglieder im Ringen um die Beseitigung des verbliebenen Rentenstrafrechts und der unbeugsamen Solidarität.

Die Versammlung beschloß die Versendung von Briefen an die Direktkandidaten unseres Wahlkreises. Wir haben darin um ihren Standpunkt zum verbliebenen Rentenstrafrecht gebeten und betont, daß wir nur den Kandidaten unsere Stimme geben, die sich für Rentengerechtigkeit verwenden.

Bewegt folgten die Anwesenden den Ausführungen des Vertreters des Solidaritätskomitees über Inhalte und Verhandlungspraktiken bei Prozessen gegen ehemalige Angehörige der NVA und Grenztruppen, über Demütigungen und Praktiken in Gefängnissen.

Wir sind aufgerufen, Solidarität zu üben durch Teilnahme an Verhandlungen und Post an inhaftierte Freunde.

Günter Kelp

Fortsetzung auf Seite 3

Unser Leser Harry Linde aus Chemnitz schreibt: Der Beitrag „**Protest gegen Rentenstrafrecht nicht totzuschweigen**“ in ISOR **aktuell**, Nr. 5/98, regte mich zu folgendem Schreiben von mir und meiner Frau an den Petitionsausschuß des Bundestages an:

Sehr geehrte Damen und Herren, uns wurde bekannt, daß Petenten in den letzten Tagen von Ihrem Ausschuß Schreiben erhalten haben, in denen ihnen mitgeteilt wurde, daß das Berichtstatterverfahren zu ihren Petitionen zwecks Vorbereitung einer Entscheidung des Petitionsausschusses eingeleitet worden ist.

Nachdem diese Petenten, ebenso wie wir, in der Vergangenheit bereits einen Bescheid über die abschließende Bearbeitung ihrer Petitionen zum AAÜG erhalten hatten, verstehen wir diese erneuten Schreiben so, daß der Petitionsausschuß sich zur Wiederaufnahme des Petitionsverfahrens zum genannten Sachverhalt entschlossen hat.

Wir bitten Sie deshalb, unsere Petitionen ebenfalls in das wieder aufgenommene Petitionsverfahren mit einzubeziehen.

Die Antwort auf unser Schreiben steht natürlich noch aus, und es ist auch nicht vorauszu- sehen, wie der Petitionsausschuß darauf reagieren wird. Aber meine Frau und ich betrach-

teten es als eine Möglichkeit darauf hinzuweisen, daß sich unsere Petitionen dem Inhalt nach noch nicht erledigt haben oder, wie Ihr

über haben sich die Bürger beschwert?

Erwartungsgemäß betrafen die meisten Beschwerden – 40 Prozent der etwa 20.000 Petitionen – das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung. Aus den neuen Bundesländern waren das meistens Eingaben zu Rentenfragen, vor allem zum Versorgungsrecht, zu Überführungslücken, zum Rentenüberleitungsgesetz. ...

Was passiert im Bundestag mit einer Petition?

Dauerbrenner

PETITIONEN

es treffend ausgedrückt habt, daß der Protest gegen das Rentenstrafrecht nicht totzuschweigen ist. Meine Frau, die keine Rentnerin ist, hatte ihre Petition als vom Rentenstrafrecht gegen mich unmittelbar mitbetroffene Ehefrau an den Petitionsausschuß gerichtet.

Vielleicht regt dieses Vorgehen weitere Mitglieder zu gleichen oder ähnlichen Aktivitäten an. In der hiesigen TIG habe ich dies selbst bereits mit einigem Erfolg getan.

★

Aus einer Befragung von Heidemarie Lüth, Vertreterin der PDS im Petitionsausschuß („Neues Deutschland“ vom 11. Mai 1998):

Dieser Tage übergab der Bundestags-Petitionsausschuß seinen Jahresbericht 1997 an Parlamentspräsidentin Rita Süsmuth. Wor-

Dafür gibt es festgelegte Verfahren. Ein Teil – etwa die Hälfte der Briefe – wird dadurch erledigt, daß die Bürger Material bekommen, zum Beispiel Gesetzentwürfe. Oder sie bekommen eine erste Antwort auf ihre Fragen aus dem Ausschuß.

Wenn sie damit nicht zufrieden sind, können sie Widerspruch einlegen – das ist eine Möglichkeit, die in den neuen Ländern noch wenig genutzt wird.

Bei Widerspruch wird je ein Berichtstatter aus Koalition und Opposition festgelegt, die von den zuständigen Ministerien oder Behörden Antworten fordern. Am Ende fällt der Ausschuß, in dem dieselben Mehrheiten herrschen wie im gesamten Bundestag, eine Entscheidung. ...

(Hervorhebungen durch ISOR aktuell)

Fortsetzung von Seite 2

In Wolgast waren die Initiativen zur Bildung des Runden Tisches der sozialen Verbände erfolgreich. Bisher hat sich der Runde Tisch zu Problemen der Jugend und dem Stand der Arbeit mit Behinderten und mit Senioren beschäftigt.

Am 29. Mai fand im Wolgaster Stadthafen ein von der PDS organisiertes Frühlingsfest statt. Die TIG war mit einem Stand präsent, an dem ihre Aktivitäten im Ringen um Beseitigung des Rentenstrafrechts erläutert wurden.

Die Mitgliedergruppe Ahlbeck der TIG Wolgast hat mit Unterstützung des TIG-Vorstandes ihre Arbeit aktiviert. So wurden seit Dezember 1997 vierzehn neue Mitglieder gewonnen.

Werner Najmann

★

Als Gast der Mitgliederversammlung der TIG Hoyerswerda im April nahm der ISOR-Vorsitzende Horst Parton teil. Seine Analyse des Kampfes gegen das Rentenstrafrecht und des bisher Erreichten war gekennzeichnet von dem Gedanken gelebter Solidarität in der Vergangenheit, Gegenwart und auch in der Zukunft als Voraussetzung jeglicher Erfolge.

Auf dem Wege zu einer Grundsatzentscheidung

des Bundesverfassungsgerichtes wandte er sich gegen Pessimismus, stellte aber heraus, daß die politischen Aktivitäten der Mitglieder nicht nachlassen dürfen, sondern forciert werden müssen.

Politisch stärker aufzutreten heißt auch, den über 3300 Petitionen an den Bundestag und 1200 Beschwerden (inzwischen über 1500; d.Red.) an die UNO-Menschenrechtskommission weitere, auch von den Ehefrauen und Angehörigen, hinzuzufügen.

Horst Parton rief zur Teilnahme an der Großdemonstration am 20. Juni in Berlin auf. Wir wollen uns dort einreihen mit der Forderung nach einer neuen Politik, gegen die Mißachtung der Lebensinteressen der Bürger und Gerechtigkeit im Sinne des Grundgesetzes als Hauptaufgabe.

Manfred Wirth

Aus dem Vereinsleben

Seit November 1994 besteht in unserer TIG Jena eine Wandergruppe, die mittlerweile auf ca. 20 Freundinnen und Freunde angewachsen ist. Unsere älteste Wanderfreundin ist 75 Jahre alt. Bisher fanden über 30 Wanderungen statt.

Organisiert werden diese Wanderungen, wie

auch die Vorsorge für das leibliche Wohl und notwendige Bus- und Bahnfahrten, durch ein Mitglied des TIG-Vorstandes.

Jedes Jahr wird mit einem gemütlichen Beisammensein, verbunden mit Gedanken und Vorstellungen für das kommende Jahr, abgeschlossen.

Höhepunkt des 1. Halbjahres 98 wird eine Dreitagefahrt (Privat-Pkw) ins schöne Erzgebirge sein. Diese Aktivitäten möchte keiner der Beteiligten missen. Beinhaltend sie doch neben gemeinsamem Naturerleben lebhaften Gedankenaustausch und tragen zum Zusammenhalt und Förderung gemeinsamer Schritte im Sinne unserer Zielstellung bei.

Egon Messerschmidt

★

Am 11. Mai nahmen die Mitglieder der TIG Güstrow zur gegenwärtigen Wahlkampfsituation Stellung und erklärten, uneingeschränkt für soziale Gerechtigkeit und gegen Sozialabbau einzutreten. Dazu werden die vielfältigen Möglichkeiten im Territorium, auch in bewährter Zusammenarbeit mit den ortsansässigen Verbänden und Vereinen genutzt.

Fortsetzung auf Seite 4

Der Vorstand dankt allen Spendern, die mit ihrer Zuwendung das Wirken der ISOR im Kampf um Rentengerechtigkeit und Beseitigung des Rentenstrafrechts unterstützen.

Fortsetzung von Seite 3

Die anwesenden Mitglieder verurteilten die unerträgliche Diskriminierung aller vom Rentenstrafrecht Betroffenen. Verstärkt werden Kandidatenvorstellungen für den Landtag und den Bundestag genutzt, die Kandidaten nach ihren Vorstellungen zur Beseitigung des Rentenstrafrechts zu befragen. Die Mitglieder brachten zum Ausdruck: „Wenn sich ein Kandidat nicht auch für die Abschaffung des Rentenstrafrechts einsetzt, kann er unsere Stimme nicht haben.“

Güstrow und Bützow werden gemeinsam mit 55 Mitgliedern an der Großdemo am 20. Juni teilnehmen.

Walter Krüger

Engherzig - hartherzig oder herzlos?

Wie aus Medienmitteilungen zu erfahren war, hat der Bundespräsident „von der Erteilung eines Gnadenbeweises für Herrn Rupp abgesehen“.

Für dessen Freilassung hatte sich eine Unterstützerinitiative eingesetzt, zu denen u.a. Günter Grass, Günter Gaus, Egon Bahr, Ursula Karusseit, Inge und Walter Jens zählen.

Bei anderen gelesen

Die Nr. 5/98 der BRH-Zeitschrift „Im Ruhestand“ beschäftigt sich in zwei Artikeln mit Problemen der sogenannten Ostrenten. Der erste Artikel ist überschrieben mit: „BRH fordert: Ostrenten den Westrenten angleichen!“ In einem Brief an Bundesminister Blüm wird dem Vorhaben widersprochen, daß die Ostrenten erst im Jahre 2015 Westniveau erreichen sollen, wie es aus einer Prognose der BfA hervorgeht.

Der BRH forderte vom Bundesminister, nach Möglichkeiten zu suchen, um dieser pessimistischen Prognose entgegenzuwirken. Wörtlich heißt es in dem Schreiben: „Die betroffenen Ost-Rentner müßten sich fragen, ob es denn wirklich der Wille der politisch Verantwortlichen sein könne, berechnete Hoffnungen der älteren Menschen zu enttäuschen.“

Fast noch größer als der aus der Prognose sprechende, bis zum Tode andauernde Einkommensrückstand schmerze das Gefühl, Menschen minderen Rechts zu sein...“

In einem zweiten Artikel befaßt sich die BRH-Zeitschrift mit einem Urteil des BSG, wonach Rentner in den neuen Ländern keinen Rechtsanspruch auf zusätzliche Leistungen hätten,

wenn ihr Verdienst zu DDR Zeiten oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze lag (AZ.: 4 RA 35/97).

Der BRH kommt zu dem Schluß, daß die Auseinandersetzung um eine angemessene Altersversorgung für diese Personenkreise politisch geführt werden müsse. „Auf dem steinigem Weg über die Parlamente wird der BRH weiter versuchen, eine Lösung dieser Problematik zu erreichen. Jedermann wird einleuchten, daß es auf Dauer nicht dabei bleiben kann, wenn Mediziner, Wissenschaftler und Künstler eine Rente beziehen, die vergleichbare Personen im Westen allenfalls als Grundversorgung ansehen.“

Lesenswert

Angeregt durch Hinweise in ISOR aktuell auf Bücher, möchte ich auf ein weiteres Buch aufmerksam machen, das lesenswert und für unsere Mitglieder empfehlenswert ist. Es ist geschrieben von Dr. Erich Hasemann und trägt den Titel „Als Soldat in der DDR“.

Der Verlag am Park/edition ost selbst schreibt zu dem Buch: *Deutsche Militärkarrieren folgten lange Zeit ehernen Gesetzen. In der zweiten deutschen Republik wurden scheinbar unumstößliche Regeln infrage gestellt und außer Kraft gesetzt. So kam es, daß Menschen, wie etwa der Landarbeitersohn Hasemann, Oberst werden konnten. Unter anderen Umständen wäre solches undenkbar gewesen. Die Einmaligkeit solches Vorgangs war unter DDR-Bedingungen keineswegs ungewöhnlich; es war die Regel, nicht die Ausnahme. Gegenwärtig scheint solches kaum wiederholbar. Insofern ist es in mehrfacher Hinsicht reizvoll, Biografien wie diese öffentlich zu machen. Zum einen erzählen sie DDR-Geschichte, zum anderen bieten sie unspektakuläre, friedliche deutsche Militärgeschichte.*

Dem ist von meiner Seite nach dem Lesen des Buches nichts hinzuzufügen. Horst Steiner

Der Vorstand teilt mit:

Auf seiner Sitzung am 27. Mai behandelte der Vorstand der ISOR u. a. folgende Probleme:

- Auswertung des Ostdeutschen Kongresses,
- Weitere Maßnahmen zur Vorbereitung der Demonstration am 20. Juni,
- Information über Schreiben des BVerfG (siehe Beitrag auf Seite 1),
- Gedankenaustausch zur weiteren Aktivierung des Vereins (anhaltender Protest gegen das Rentenstrafrecht und Versorgungsrecht, lebendiges vielseitiges Vereinsleben u.a.m.).

Von Mitglied zu Mitglied

Zwei Komfort-Ferienwohnungen in Wandlitz.
Tel.: 033397 - 2 23 94



Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder

DIETRICH BEILICH, Potsdam-Zentrum
GERHARD BRÄUNIG, Berlin-Friedrichshain
OTTO BUCHHEISTER, Berlin-Marzahn
DR. VIKTOR DIDIER, Deidesheim (Suhl)
MARGOT GEYER, Remptendorf
ROLF GNOEDEL, Halle
HELGA GÖBEL, Berlin-Marzahn
ERHARD GÜNTHER, Berlin-Hohenschönhausen
URSULA GÜNTHER, Berlin-Hohenschönhausen
GERHARD HERRMANN, Strausberg
HANS HILBERT, Berlin-Köpenick
OTTO JUNGHANS, Jena
HUBERT KLEEMANN, Berlin-Friedrichsfelde
ILSE KARSENEWSKI, Gera
RUDOLF KESSEL, Jena
WALTRAUD KLOSE, Berlin-Lichtenberg
NORBERT KRÜGER, Berlin-Mitte
ROSEMARIE MASER, Magdeburg
HELMUT OTTO, Chemnitz
ALFRED PETZ, Rostock
GEROLD RISCH, Berlin-Marzahn
HANS SCHMIDT, Stralsund
JUTTA SCHÖNFELDER, Berlin-Friedrichshain
GÜNTER WOLFF, Grimmen

Ehre ihrem Andenken.

Druckfehlerberichtigung

In ISOR aktuell Nr. 5/98 sind im Impressum versehentlich die Telefonnummern der AG Recht und der AG Öffentlichkeitsarbeit/ISOR aktuell verwechselt worden.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
Konto-Nr.: 171 302 0056, BLZ: 100 500 00

Geschäftsstelle der ISOR e.V.:

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

29 78 43 18 - AG Recht

29 78 43 19 - Öffentlichkeitsarbeit

„ISOR aktuell“

Fax: (030) 29 78 43 16

Post: ISOR e.V. - Postfach 700423 - 10324 Berlin

Sprechstunden:

Dienstag 9 bis 13 Uhr

Donnerstag 16 bis 19 Uhr

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Werner Wunderlich
c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Druck: Druckerei Paulick, 10405 Berlin

Nicht wegwerfen! – Weitengeben! ★ ★ ★ Nicht wegwerfen! – Weitengeben!